

Kommunale Engagementförderung schließt das politische Ehrenamt ein

Kommunale Engagementförderung hat Konjunktur

Es hat gedauert: Aber 20 Jahre nachdem das Land Baden-Württemberg begonnen hat, die kommunale Engagementförderung landesweit strategisch zu gestalten und 12 Jahre nachdem die Enquete-Kommission des Bundestages ihren Berichte zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements veröffentlichte¹, erhält Engagementförderung heute bundesweit mehr und mehr Aufmerksamkeit in den Rathäusern und Ratssälen der Städte und Gemeinden.

Das ist allerdings nicht unbedingt der Verdienst einer strategischen Herangehensweise der staatlichen Ebenen, sondern zum einen dem Umstand geschuldet, dass die Herausforderungen des demografischen Wandels ein Umdenken im Miteinander erfordern. Zum anderen aber, weil die Akteure der Zivilgesellschaft, wie zum Beispiel die großen bundesweit agierenden Stiftungen, oder das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement sowie insbesondere die vielen Menschen, die mit ihrem persönlichen Engagement an ganz unterschiedlichen Schaltstellen als Motoren das Thema vorantreiben. So wie in NRW der Arnsberger Bürgermeister Hans-Josef Vogel, der sich unermüdlich dafür einsetzt, die Engagementförderung als Pflichtaufgabe einer jeden Kommune zu sehen².

Die Früchte des Umdenkens reifen heute auch an anderer Stelle: So enthält die Landesverfassung von Bayern seit Januar 2014 das Staatsziel „Förderung des Ehrenamtes“, und die Regierungskoalition in Hessen hat vor, es aufzunehmen³. Noch einmal: fast 20 Jahre, nachdem Baden-Württemberg es als Staatsziel definiert hat.

Kommunale Engagementförderung braucht verlässliche Anlaufstellen

Ein Staatsziel zu verankern ist zunächst eine einfache Sache. Naturgemäß sind es dann in erster Linie aber die Kommunen, die das Handlungsfeld Engagementförderung zu gestalten haben – nicht als Richtungsgeber, sondern als Moderatoren, Netzwerker und Unterstützer. In zahlreichen Studien und Expertenveröffentlichungen wurde daher seit Jahren Städten und Gemeinden

¹ Deutscher Bundestag Drucksache 14/8900 2002, Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“

² z. B.: Katholisch-Soziales Institut 2010: Zukunftsfaktor bürgerschaftliches Engagement - Chance für kommunale Entwicklung, S. 50 ff.

³ Koalitionsvertrag CDU Hessen und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN Hessen Dezember 2013, S. 48

empfohlen, lokal zentrale Anlaufstellen einzurichten, die als Lotsen fungieren, um Engagementförderung nicht dem Zufall zu überlassen, sondern sie als Struktur zu etablieren. André Wolf und Annette Zimmer haben dies so formuliert:

Die Erkenntnis, dass die lokale Förderung Bürgerschaftlichen Engagements eine starke politische Unterstützung und eine nachhaltige Struktur in der Kommunalverwaltung benötigt ... bedarf immer noch besonderen Nachdrucks. Der Blick in die Praxis zeigt, wie wichtig es ist, dass die politische Spitze ... der Engagementförderung aufgeschlossen gegenübersteht. Die politische Unterstützung sollte ihren Ausdruck finden in der ... Schaffung und Ausstattung entsprechender Stellen ...⁴

Für die Arbeitsweise einer derartigen Anlaufstelle gibt es kein Patentrezept – sie richtet sich nach den örtlichen Gegebenheiten und entfaltet sich vielfältig und individuell. Welche Engagementfelder dabei im Fokus stehen, sind als Prioritäten durch die Bürgerschaft zu setzen. Die Palette der Bereiche des Freiwilligen Engagements ist bunt. Es findet aber zum Großteil in den Bereichen Sport, Freizeit, Kultur, Soziales, Kindergarten und Schule sowie in den Kirchen statt⁵ – im Wesentlichen vereint in der umfangreich vorhandenen örtlichen Vereinslandschaft. Alle Engagementfelder zusammen sind zudem eng verknüpft mit dem persönlichen Umfeld von Familien, Männern und Frauen und den Quartieren und Nachbarschaften, wo sie leben.

Für die lokale Engagementförderung sind es genau diese Bereiche, die Unterstützung und Anerkennung benötigen – stärken sie doch das Gemeinschaftsgefühl untereinander – unverzichtbar für die viel diskutierten Herausforderungen, die mit dem demografischen Wandel schon jetzt verbunden sind. Dabei gilt es auf kommunaler Ebene, Doppelstrukturen zu vermeiden und Win-Win-Situationen unter den lokalen Akteuren zur Engagementförderung zu schaffen.

„Am Anfang war alles Ehrenamt“, so die Aussage einer Arbeitshilfe für lokale Entscheidungsträger.⁶ Dieser Satz soll sagen, dass das Ehrenamt in seiner unterschiedlichen Ausprägung und in seiner Notwendigkeit heute vielschichtiger und komplexer zu betrachten ist, als das traditionelle Ehrenamt in der Vergangenheit – ohne diese jedoch aus dem Blickfeld zu nehmen.

Die Kommunen sollten sich bewusst sein, das Thema Engagementförderung ressortübergreifend zu denken und auch kreative und ungewöhnliche Ansätze

⁴ Lokale Engagementförderung, Kritik und Perspektiven 2012, S. 169

⁵ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2010: Hauptbericht des Freiwilligensurveys, S. 7

⁶ Annette Zimmer/Holger Backhaus-Maul 2012: Engagementförderung vor Ort – Was gilt es in den Blick zu nehmen?, S. 9

bürgerschaftlichen Engagements miteinzuschließen. Es erfordert für die Personen an den Schaltstellen ein hohes Maß an kommunikativer Kompetenz zur Bewältigung der Aufgabe innerhalb und außerhalb der Verwaltung. Wobei Impulse und Initiativen zu 100 % an den Bedarfen und Wünschen der Bürgerinnen und Bürger auszurichten sind.

Politisches Engagement als Handlungsfeld kommunaler Förderung

Im aktuellen Freiwilligensurvey rangieren die Bereiche „Lokales Bürgerengagement“ sowie „Politische Interessenvertretung“ am Schluss der Tabelle. Dies ist keine neue Erkenntnis. Aber welche Auswirkungen hat es auf Dauer, wenn sich die Mitgliederzahlen in Gewerkschaften und Parteien von Jahr zu Jahr mehr gen Null bewegen und die Wahlbeteiligung zu Kommunalwahlen sich eher auf 30 % als auf 50% zubewegt? Es ist nicht zu hoch gegriffen, diesen Umstand als Alarmsignal für die Zukunft des demokratischen Zusammenlebens zu bezeichnen.

Politische Partizipation und politisches Engagement sind Voraussetzung und wesentliches Merkmal einer Demokratie⁷ – und die Gesellschaft muss dringend daran arbeiten, die Kluft zwischen Regierenden und Regierten zu verringern. Nun kann man sich aus kommunaler Sicht die Frage stellen: Wie soll denn die kommunale Engagementförderung in diesem Bereich aussehen? Sind dafür nicht die Parteien zuständig? Wie sieht es mit der Neutralität der Verwaltung aus?

Nicht selten hört man auf den Fluren der Verwaltung „Die Politik will das so!“ und wie oft hört man am Stammtisch der Kommunalpolitiker „Die Verwaltung mauert, bewegt sich nicht und informiert unvollständig!“. Jenseits von berechtigten kontroversen Debatten über lokale Weichenstellungen für die Zukunft sollten Politik und Verwaltung daran denken, dass es ein gemeinsamer Auftrag sein könnte, demokratiefördernde Maßnahmen umzusetzen. In § 1 der Gemeindeverfassung von NRW ist niedergelegt, dass Gemeinden in Verantwortung für die zukünftigen Generationen zu handeln haben. Demokratiefördernde Maßnahmen sind unstrittig darunter zu subsumieren.

Förderung von politischem Engagement in der Praxis

Wer bisher die Förderung des politischen Engagements noch nicht in den Blick genommen hat, ist vielleicht erstaunt, wie vielfältig die Ansätze – jenseits der nicht zu vernachlässigenden Optimierung der Bürgerbeteiligung an sich – sein können. In der Wahl der Zielgruppe oder in der Wahl der Partner: Fraktionen der Stadträte, Ortsverbände der Parteien, lokale Beiräte, Jugendpartizipation, Demokratie-Stammtische, Wettbewerbe, ...

⁷ Friedrich-Ebert-Stiftung, MuP-Arbeitshilfe Politisches Engagement fördern

Der Hinweis auf die folgenden drei Beispiele soll Geschmack machen, eigene Formate und Instrumente zu entwickeln:

Stadt Filderstadt: Stell Dir vor, es ist Wahl und niemand kandidiert

Unter diesem Titel bot die Verwaltung im September 2013, 8 Monate vor der Kommunalwahl im Mai 2014, den Bürgerinnen und Bürgern sowie den örtlichen Parteien und Wählervereinigungen einen Veranstaltungsrahmen an – mit dem Ziel: Lust aufs „Mitmachen“ zu wecken, indem über Kommunalpolitik informiert wurde und Gespräche mit den lokalen Politikern ermöglicht wurden.⁸

Stadt Viersen: Kommunalpolitisches Praktikum

Seit 2006 bietet die Stadtverwaltung und Kommunalpolitik dieses Praktikum gemeinsam mit dem Ziel an, Jugendlichen die kommunale Politik verständlich zu machen und ihr Interesse dafür zu wecken. Teilnehmer ab der 9. Klasse absolvieren dabei mehrere Module (theoretische Einführung, Besuch von Ausschusssitzungen, Planspiel).⁹

Stadt Rheine: Ehrenamtliche Stadtteilbeiräte

Seit dem Jahr 2000 wird zur Aktivierung und Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements sowie zur Fortsetzung des stadtteilorientierten Dialogs zwischen Einwohnern, Rat und Verwaltung in 11 Ortsteilen für die Dauer der Wahlzeit des Rates je ein Stadtteilbeirat gebildet. Die Stadtteilbeiräte bestimmen im Rahmen ihrer räumlichen Zuständigkeit selbst Umfang und Inhalt ihrer Aufgaben und sind gegenüber dem Rat und der Verwaltung antragsberechtigt.¹⁰

Die vorgestellten Beispiele stellen Puzzleteile dar, um mehr Vertrauen in die kommunalpolitische Arbeit und zum kommunalpolitischen Mandat zu schaffen sowie Interesse in der Bürgerschaft zu wecken, sich an der zukünftigen Themenfindung zur Weiterentwicklung der Stadt oder der Gemeinde und deren Umsetzung zu beteiligen. Es gilt, mit ersten Schritten zu beginnen, um diese dann zu einer Strategie auszubauen.

Engagementförderung als Konsensthema von Politik und Verwaltung begreifen

Grundvoraussetzung dazu ist allerdings ein über alle Partei- und Fraktionsgrenzen hinaus bestehender Konsens, da ansonsten alle Bemühungen fehlschlagen würden.

⁸ www.filderstadt.de/site/Filderstadt-Internet/get/3357531/Amtsblatt%20KW%2037.pdf (18.8.2014)

⁹ [www.viersen.de/C125716C0029A475/0/C85B8F7308BA9F48C1257767002B7D8F/\\$File/kinder-und_jugendfoerderplan_2010-14.pdf?OpenElement](http://www.viersen.de/C125716C0029A475/0/C85B8F7308BA9F48C1257767002B7D8F/$File/kinder-und_jugendfoerderplan_2010-14.pdf?OpenElement) (18.8.2014)

¹⁰ http://www.rheine.de/pics/medien/1_1393423440/A10-01-Hauptsatzung.pdf (18.8.2014)

Verwaltung und Kommunalpolitik sollten daher gemeinsam Formate und Instrumente entwickeln.

In Baden-Württemberg und in Nordrhein-Westfalen sind zu Beginn des Jahres neue Kommunalparlamente gewählt worden. Gerade zum Start der neuen Ratsperioden bietet sich ein Dialog zu diesem Thema an. Dabei sollte es die Verwaltung sein, die gleich zu Beginn deutlich macht, wie wichtig ihr bei der Engagementförderung auch das politische Ehrenamt ist. Denn das politische Ehrenamt genießt in der Bevölkerung (teilweise auch in der Verwaltung) nicht immer die gleiche Anerkennung wie andere Ehrenämter – leistet jedoch einen unverzichtbaren Beitrag für das Zusammenleben in unseren Städten und Gemeinden.

Praxisbeispiel: Politik und Verwaltung im Dialog

Da die Hälfte der Ratsmandate mit neuen Männern und Frauen besetzt wurde, hat die Bürgermeisterin der Stadt Rheine erstmalig zu einer Einführungs- und Dialogveranstaltung eingeladen, um sich näher kennenzulernen und zu Zukunftsthemen auszutauschen.

Neben einem Stationsrundgang, bei dem die Vorstandsmitglieder ihre Geschäftsbereiche vorstellten und die lokalen Herausforderungen für die Zukunft benannten stand im Mittelpunkt ein Vortrag von Dr. Konrad Hummel zur Bedeutung und zum Wandel des kommunalpolitischen Ehrenamtes. Darin betonte er, dass eine funktionierende Ratsarbeit mehr denn je notwendig sei – allerdings auch unter der Beachtung, dass der Rat Verantwortung für alle Bevölkerungsgruppen zu tragen hat und sich nicht Einzelinteressen gemein macht. Darüber hinaus plädierte er dafür, in der praktischen Ausgestaltung lokaler Projekte, die Potentiale der Bürgerinnen und Bürger in ihrer Engagementbereitschaft stärker auszuschöpfen.

Die Dialogveranstaltung fand unter den Mitgliedern des Rates ein sehr positives Echo.

Die Festigung und der Ausbau der Demokratie vor Ort – besonders auch vor dem Hintergrund der sinkenden Beteiligung an Kommunalwahlen – müssen es uns Wert sein, das Engagementfeld „Politik“ stärker in den Blick zu nehmen. Ein gemeinsames Handeln in diesem Engagementbereich stärkt die repräsentative Demokratie, denn sie lebt vom Engagement der Menschen, die gewählt werden und von mehr Menschen, die bereit sind, sich auch wählen zu lassen.

Siegmar Schridde, Stabsstelle Bürgerengagement der Stadt Rheine.

Kontakt: Siegmar.Schridde@rheine.de